

Politischer Jahresbericht

Europäische Union 2007/2008



Brüssel

EU-Regionalbüro, Juli 2007 – Juni 2008

Claude Weinber

Juni 2008

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	2
Zentrale Entwicklungen des vergangenen Jahres	
1. Einleitung	2
2. Vertrag von Lissabon	2
3. Außen- und Sicherheitspolitik	3
4. Erweiterung	3
5. Energiepolitik	4
6. Klimawandel	5
7. EU-Russland	5
8. Europäische Nachbarschaftspolitik	6
9. Euro-mediterrane Partnerschaft	7
10. Weltweite Ernährungskrise	8
11. Die EU, Lateinamerika und die Karibik	9
12. Die EU und Afrika	10
13. Die EU und Asien	11
14. Die neue EU-Haushalts- und Förderperiode	11
15. Die portugiesische Ratspräsidentschaft	12
16. Die slowenische Ratspräsidentschaft	12
17. Ausblick	12
18. Politische Ereignisse im Überblick	23

1. Zusammenfassung

Zentrale Entwicklungen des vergangenen Jahres

In den vergangenen zwölf Monaten konzentrierte sich die Europäische Union darauf, die 27 Mitgliedstaaten auf einen neuen Vertragstext einzuschwören. Nachdem die deutsche Ratspräsidentschaft die „Verfassungskrise“ scheinbar bewältigt hatte und am 13. Dezember 2007 unter der portugiesischen Ratspräsidentschaft der so genannte Vertrag von Lissabon von den Staats- und Regierungsleitern unterzeichnet worden war, schienen die Ampeln für eine effiziente und zukunftsgerichtete Arbeit auf Grün zu stehen. Der französische Präsident Nicolas Sarkozy verkündete Pläne der französischen Ratspräsidentschaft schon lange vor Amtsantritt. Dann kam das irische Nein zum Lissabon-Vertrag und warf die Europäischen Institutionen erneut auf sich zurück. Viele ehrgeizige Pläne werden weichen müssen für hartnäckige Verhandlungen über pragmatische Lösungen der erneuten institutionellen Krise. Im Juni 2009 finden Wahlen für das Europäische Parlament statt, für die eine gesetzliche Basis gefunden werden muss, sollte der Vertrag von Lissabon bis dahin nicht ratifiziert sein. Unterdessen ging die tägliche Arbeit der EU weiter. Die Beitrittsverhandlungen mit Kroatien und der Türkei wurden trotz der Spannungen mit der Türkei und des irischen Neins zum Vertrag von Lissabon fortgesetzt. Bei der Energiepolitik wurde der Liberalisierungsprozess weitergeführt, und es wurden neue Schritte unternommen hinsichtlich des EU-Emissionshandels. Im März 2008 wurde ein neues Energie- und Klimapaket verabschiedet. In der Außenpolitik verursachte die Unabhängigkeitserklärung Kosovos Unstimmigkeit unter den Mitgliedstaaten, die sich dennoch auf die EULEX Mission in Kosovo einigten. Die Beziehungen zu China (Tibet, Menschenrechte, Olympische Spiele) und Russland (Energie, Menschenrechte) blieben gespannt, auch wenn der neue russische Präsident Dmitrij Medwedjew beim letzten EU-Russland-Gipfel für vorsichtigen Optimismus gesorgt hat. Die französische Präsidentschaft erhielt bereits einen Vorschuss auf ihre anstehende Amtsperiode: Sarkozys anfänglich mit Argusaugen betrachtetes Konzept der Mittelmeerunion wurde nach zahlreichen Änderungen in den Barcelona-Prozess übernommen. Die nächsten Monate werden entscheidend sein für die Zukunft der Europäischen Union, aber es gibt Grund für Optimismus. Bis jetzt hat die EU alle Krisen überlebt. Und Nicolas Sarkozy als künftiger EU-Ratspräsident wird sich nicht so leicht aus der Bahn werfen lassen.

Einleitung

Die wichtigste Entwicklung innerhalb der EU-Institutionen seit der „Osterweiterung“ im Jahre 2004 ist das Ringen um eine Verfassung. Die BürgerInnen in den Niederlanden, in Frankreich und in Irland haben diesem Prozess ihren Stempel aufgedrückt. Was ist dort passiert? Die Europäische Union ist eine Erfolgsgeschichte. Beinahe mühelos hat sie nach dem Fall des Eisernen Vorhangs, die Staaten Mittel- und Osteuropas aufgenommen. Sie steht vor großen Herausforderungen wie Globalisierung, Klimawandel und Energiesicherheit sowie der Stabilisierung und Integration des Westbalkans. Die BürgerInnen können in 15 europäischen Ländern mit derselben Währung zahlen, die Grenzkontrollen sind gefallen und noch nie haben so viele EuropäerInnen außerhalb ihrer eigenen Landesgrenzen studiert und gearbeitet. Und doch scheint „der/die BürgerIn“ stets mehr Abstand von diesem Europa nehmen zu wollen, das als bürokratisch und als Gefahr für die eigene nationale Identität erfahren wird. Die Ironie dabei ist, dass gerade die gescheiterte Europäische Verfassung und danach der nun ebenfalls unter Druck stehende Lissabon-Vertrag den BürgerInnen mehr Rechte und Möglichkeiten als vorher einräumt. Die Ironie ist auch, dass nicht die Nationalstaaten „Opfer“ europäischer Integration werden, sondern dass alles, was die Europäische Union in 50 Jahren aufgebaut und erreicht hat, als selbstverständlich betrachtet wird. Dass die Europäische Union das Opfer ihres eigenen Erfolges geworden ist.

Die Europawahl im kommenden Jahr steht unter keinem guten Stern. Falls der Vertrag von Lissabon nicht doch noch vor Ende des Jahres ratifiziert wird, ist nicht nur die gesetzliche Basis für die Wahl unklar, sondern die Zukunft der Union als solche. Was will man den BürgerInnen dann vorlegen? Es besteht die

Gefahr, dass in einigen Ländern die Motivation zur Wahl schrumpft und dass die Wahlbeteiligung einen ungekannten Tiefpunkt erreicht. Was für eine Legitimation wäre das für das Europäische Parlament?

Die vergangenen zwölf Monate waren interessant für die Europäische Union. Trotz aller Wirren und Enttäuschungen wurde hart daran gearbeitet, das Erfolgsprojekt Europa zu schützen und dort zu handeln, wo dieses Europa gebraucht wird.

2. Vertrag von Lissabon

Nachdem es der deutschen Ratspräsidentschaft auf ihrem letzten EU-Gipfel im Juni 2007 scheinbar gelungen war, alle Mitgliedstaaten auf einen Kompromiss in Sachen Verfassungsvertrag einzuschwören, den die portugiesische Präsidentschaft nur noch abzurunden brauchte, schien sich die EU endlich, nach langen internen Wirren, wieder für große Taten warmlaufen zu können. Am 13. Dezember 2007 wurde der neue Vertragstext, der sogenannte Vertrag von Lissabon, in Brüssel von allen Staats- und Regierungschefs unterzeichnet. Ungarn, Slowenien, Malta, Rumänien, Bulgarien, Polen, Slowakei, Dänemark und Frankreich ratifizierten den Vertrag in den darauffolgenden Wochen und es oblag der slowenischen Präsidentschaft, den Text zu „verwalten“ und dem französischen Ratspräsidenten eine funktionsfähige EU zu übergeben. Diesen Zukunftsträumen machte das irische Referendum am 12. Juni 2008 ein jähes Ende.

Der Gipfel nach dem irischen Nein zeichnete sich durch eloquente Rat- und Beschlusslosigkeit aus. Den Iren wurde Bedenkzeit eingeräumt. Die Ratifikation des Vertrages ging weiter. Schon am 18. Juni 2008 hatte das Parlament des Vereinigten

Königreichs mit überraschender Mehrheit den Vertrag ratifiziert, ein Schritt, der eine Woche später vom Obersten Gerichtshof in London, das sich gegen die Notwendigkeit eines Referendums aussprach, gut geheißen worden war. Das nächste Problem könnte sich in Tschechien ergeben, wo auf die Entscheidung des Verfassungsgerichtes im September/Oktober 2008 gewartet wird. Und auch in Polen, wo das Parlament im März 2008 den Vertrag ratifizierte, deuten sich neue Schwierigkeiten an. Präsident Lech Kaczynski will den Ratifizierungsprozess erst abschließen, wenn kein Zweifel besteht, dass der Text tatsächlich in Kraft treten werde. Inzwischen wurde eine Klage gegen den Lissabon-Vertrag beim deutschen Verfassungsgericht eingereicht.

Der nächste Gipfel unter der französischen Präsidentschaft im Oktober wird sich daher vor allem damit beschäftigen müssen, über die Situation nach dem irischen Nein und eventuell auch einer Nichtratifizierung in Tschechien Bilanz zu ziehen und konkrete Schritte zur Problemlösung vorzuschlagen. Momentan ist eine Wiederholung des Referendums in Irland nicht an der Tagesordnung. Und Neuverhandlungen über den Vertrag von Lissabon haben die Staats- und Regierungschefs auf dem Gipfel ausgeschlossen. Auch die Schaffung eines „Kerneuropas“, basierend auf dem Lissabon-Vertrag, und eines „Resteuropas“, basierend auf dem Vertrag von Nizza, birgt mehr Probleme als eigentlich lösbar sind. Eine pragmatische Lösung ist vermutlich in Ausnahmeklauseln für Irland und möglicherweise für Tschechien zu finden. Damit wäre ein zweites irisches Referendum allerdings nicht aus dem Weg geräumt. Für die Wahlen zum Europäischen Parlament 2009 wäre eine Ratifikation des Vertrages sehr wichtig, da die Sitze entsprechend der letzten Erweiterungsrunde des Jahres 2007 neu verteilt würden. Sollte der Lissabon-Vertrag am 1. Januar 2009 nicht in Kraft treten, muss die EU auf jeden Fall entscheiden, ob

die Zahl der zu wählenden Europaabgeordneten 751 (Lissabon) oder 732 (Nizza) betragen soll und auf welcher Basis die Reduzierung der Zahl der Kommissare um einen Posten (Irland?) vorstatten geht.

3. Außen- und Sicherheitspolitik

Die Gemeinsame Europäische Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) haben stark unter den institutionellen Wirren der vergangenen vier Jahre gelitten. Dass es dennoch zu konkreten Schritten gekommen ist, ist beachtenswert. Aber: die EU hat sich ihren Verpflichtungen nicht entzogen. Immerhin gibt es derzeit 13 aktive ESVP-Missionen, drei weitere sind geplant (EUNAVFOR Guinea-Bissau, EUFOR Tschad/Zentralafrikanische Republik und Übergang EUTP-EULEX im Kosovo).

Der Vertrag von Lissabon bietet für die GASP und ESVP, die zur Gemeinsamen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik (GSVP) werden soll, erhebliche Verbesserungen in Bezug auf Handlungsfähigkeit und Sichtbarkeit von EU-VertreterInnen. Mit der Ratifikation des Lissabon-Vertrags kam die Diskussion über eine mögliche Revision der Europäischen Sicherheitsstrategie (ESS) in Gang. Obwohl das irische Nein einen Strich durch die Rechnung einer konsequenten Stärkung von GASP und ESVP zu machen droht, ist deutlich, dass die EU unter Zugzwang steht. Im nächsten Jahr wird es eine neue amerikanische Regierung geben. Der neue US-Präsident wird die EU in die Pflicht nehmen, ihr außenpolitisches Engagement, unter anderem in Afghanistan und Irak, zu verstärken. Vertragsprobleme werden nicht als Entschuldigung akzeptiert werden.

4. Erweiterung

Trotz des irischen Neins und der darauf folgenden Aussage Sarkozys, dass es ohne den Reformvertrag keine Erweiterung gäbe, schritt die EU zügig mit den Erweiterungsverhandlungen fort. Schon am 16. Juni unterzeichneten die EU-Außenminister ein Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen (SAA) mit Bosnien-Herzegowina (<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2008:169:0001:0009:DE:PDF>). Einen Tag später wurden weitere Verhandlungen mit Kroatien und der Türkei eröffnet.

Hinsichtlich Kroatiens besteht eine reelle Möglichkeit, den Beitrittsprozess bis Ende 2008 abzuschließen. Möglicherweise wird die Mitgliedschaft Kroatiens, die für 2011 vorgesehen ist, nicht abhängig sein von der Ratifizierung des Lissaboner Vertrags. Eher wird wohl die kroatische Mitgliedschaft als Druckmittel gegen unschlussige Mitgliedstaaten benutzt.

Der Beitritt Mazedoniens wird derzeit maßgeblich von der griechischen Forderung nach einer Namensänderung blockiert. Aber auch die politische Situation bleibt nach den Parlamentswahlen am 1. Juni 2008 bedenklich. Die Wahlen waren von ethnischer Gewalt geprägt und mussten zwei Wochen später wiederholt werden. Auf dem EU-Gipfel vom 19. und 20. Juni 2008 wurden Mazedonien keine Zusagen für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen vor Ende dieses Jahres gemacht. Unter der französischen Ratspräsidentschaft, die bei der Namensänderung auf griechischer Seite steht, wird es kaum zu Fortschritten in dieser Frage kommen.

In Serbien war am 9. März 2008 die Regierung aufgrund der unterschiedlichen Ansichten über die Annäherung des Landes an die EU gefallen. Die nationalistische Partei des Premierministers Vojislav Kostunica schloss eine Unterzeichnung des SAA mit

der EU aus, solange diese ihre Haltung zum Kosovo-Konflikt nicht ändere. Präsident Boris Tadic forderte vorgezogene Wahlen im Mai. Wichtig für eine zukünftige EU-Mitgliedschaft Serbiens war der überzeugende Wahlsieg der pro-europäischen Parteien am 11. Mai 2008 sowie die Bildung einer pro-europäischen Regierung, einer Allianz zwischen der „Liste für ein europäisches Serbien“ des Präsidenten Boris Tadic, zwei kleineren Parteien und der Sozialistischen Partei. Die Allianz kam im Juni 2008 nach langen Verhandlungen zustande. Dennoch wird diese Regierung beweisen müssen, ob sie tatsächlich bereit ist, vollständig mit dem Strafgerichtshof in Den Haag zu kooperieren und in der Kosovo-Frage einzulenken. Letzteres ist fraglich. Die Aufnahme eines nur oberflächlich demokratischen Serbiens, das nicht bereit ist mit seiner Vergangenheit abzurechnen, wäre ein Schlag ins Gesicht aller Opfer des Balkankonflikts. Schon die Unterzeichnung des SAA mit Serbien (http://web.uzzpro.sr.gov.yu/kzpeu/dokumenti/ssp/saa_textual_part_en.pdf)

zwei Wochen vor den Wahlen, sollte in dieser Hinsicht durchaus mit einer kritischen Note versehen werden. Serbien noch vor Ende 2008 mit einem Kandidatenstatus zu versehen und eine Mitgliedschaft im Jahr 2012 in Aussicht zu stellen, wäre überstürzt.

Die Mitgliedstaaten der EU konnten sich nicht auf eine gemeinsame Position gegenüber der Unabhängigkeitserklärung des Kosovo am 17. Februar 2008 einigen. Bisher haben 20 der 27 EU-Mitgliedstaaten Kosovo als souveränen Staat anerkannt. Auch vier Monate nach der Unabhängigkeitserklärung und nach dem Inkrafttreten des neuen Grundgesetzes, ist die von der EU geplante Rechtsstaatsmission EULEX noch immer nicht installiert. Eigentlich sollte die Europäische Union die UN-Mission im Kosovo (UNMIK) mit

Inkrafttreten der Verfassung ablösen, um Hilfe beim Aufbau eines demokratischen Rechtsstaates zu leisten. Dies stieß auf den Widerstand Russlands und Serbiens, die darin eine Verletzung der UN-Resolution 1244 sehen, die seit Kriegsende die internationale Rechtsgrundlage für den Status des Kosovo ist. Inzwischen hat UN-Generalsekretär Ban Ki Moon einen Weg vorgeschlagen, der beide Seiten zufriedenstellen soll, aber zunächst sowohl in Pristina als auch in Belgrad auf Irritation stieß. Dem Plan zufolge soll eine sehr reduzierte EULEX unter der Schirmherrschaft der UN-Mission operieren. Die Politiker im Kosovo sind vorsichtig mit ihrer Kritik an Ban Ki Moon, da die Europäische Union mit dem Aufbau ihrer Rechtsstaatsmission EULEX weit hinter dem Zeitplan zurückliegt. Wichtig ist zudem, dass der UN-Generalsekretär in seinem jüngsten Bericht an den Weltsicherheitsrat feststellt, dass die Vereinten Nationen es nach der Unabhängigkeitserklärung des Kosovo und nach dem Inkrafttreten seiner Verfassung mit einer neuen Wirklichkeit auf dem Balkan zu tun haben. Für die EU, die in der Kosovo-Frage nach wie vor gespalten ist, ist die Zukunft Kosovos eine nahezu unnehmbare Hürde, den Westbalkan in Europa zu integrieren.

Am 1. Januar 2008 trat das SAA mit Montenegro in Kraft, das am 15. Oktober 2007 unterzeichnet worden war. Am 19. Oktober 2007 nahm das montenegrinische Parlament eine Verfassung an, die sich größtenteils im Einklang mit europäischen Normen und Werten befindet. Auch die Wiederwahl des amtierenden pro-europäischen Präsidenten Filip Vujanovic am 6. April 2008 wird als Beweis dafür angesehen, dass sich das Land auf dem Weg in Richtung EU befindet. Ein Beitritt Montenegros, das bis 2012 die Kriterien für die Aufnahme in die EU erfüllen will, ist jedoch abhängig von den Entwicklungen beim Lissabon-Vertrag und der Situation im gesamten Westbalkan.

Ein möglicher EU-Beitritt der Türkei, die auch in den vergangenen zwölf Monaten von zahlreichen innenpolitischen Problemen geplagt wurde, scheint in weite Ferne gerückt zu sein. Auch wenn der technische Beitrittsprozess von beiden Seiten weiter verfolgt wird. Da Sarkozy eine türkischen EU-Mitgliedschaft ablehnt, sind unter dem französischen Ratsvorsitz keine Fortschritte zu erwarten. Sarkozys Vorschlag einer „Mittelmeerunion“ (siehe Kapitel 9) muss dann auch wohl eher als ein eleganter Schachzug beurteilt werden, die Türkei ins EU-Abseits zu manövrieren. Nicht hilfreich für einen türkischen Beitritt war der Beschluss des französischen Parlaments vom 29. Mai 2008, jede Aufnahme eines neuen Staates in die EU einem Referendum zu unterwerfen, wenn dessen Bevölkerung mehr als fünf Prozent der Gesamtbevölkerung der Union ausmacht. Zwar stimmte der französische Senat am 24. Juni 2008 gegen diese Regelung und beide Kammern müssen im Juli 2008 auf einer gemeinsamen Sitzung eine endgültige Entscheidung treffen, aber der Ton ist damit bestimmt.

Positives hinsichtlich des Türkei-Beitritts gibt es nur aus Zypern zu melden, wo der im Februar 2008 gewählte Präsident Demetris Christofias sich gemeinsam mit dem Leiter der türkischen Gemeinschaft Mehmet Ali Talat um eine Wiedervereinigung der Insel bemühen will. Sollte dies gelingen – und die Zeichen scheinen auf Grün zu stehen – würde eine sehr wichtige Barrikade bei den Beitrittsverhandlungen fallen.

Abgesehen von den Vertragsproblemen dürften auch die negativen Erfahrungen mit den EU-Neulingen Bulgarien und Rumänien nicht zu großer Erweiterungsbegeisterung führen. Korruption ist in beiden Ländern noch immer an der Tagesordnung. Zur Zeit wird erwogen, Schutzklauseln einzuführen, die im

Rahmen der Beitrittsverträge in den Bereichen Wirtschafts-, Binnenmarkt und Justizreformen aufgenommen wurden. Das würde zu Kürzungen der EU-Fonds führen. Die Frage, ob es nicht ein Fehler gewesen ist, beide Länder so schnell aufzunehmen, wird in den Brüsseler Korridoren inzwischen lauter debattiert. Darüber hinaus wird das bei Entscheidungen über weitere Kandidaten Konsequenzen haben.

4. Energiepolitik

Direkt nach der letzten Sommerpause, am 19. September 2007, bemühte sich die Europäische Union, den Energiebinnenmarkt für Elektrizität und Erdgas anhand eines dritten Pakets zur Energie-liberalisierung

(<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/1361&format=HTML&aged=1&language=DE&guiLanguage=en>)

weiter zu öffnen. Kern der Vorschläge waren Maßnahmen, die darauf abzielen, den Betrieb von Strom- und Gasverteilungsnetzwerken von der Erzeugung und Versorgung zu trennen. Die Kommission schlug zwei Verfahren vor: zum einen die von der Kommission bevorzugte „Eigentumsrechtliche Entflechtung“, die Unternehmen die gleichzeitige Energieerzeugung, -versorgung und -übertragung verwehrt. Und zum anderen die des „Unabhängigen Systembetreibers“ (ISO; Independent System Operator), bei der Unternehmen ihre Netzwerkanteile behalten, jedoch keinen Einfluss darauf haben, wie diese geleitet werden. Zudem möchte das dritte Energiepaket die nationalen Regulierungsbehörden stärken und sie dazu verpflichten, mehr miteinander zu kooperieren. Allerdings wehren sich einige Mitgliedstaaten, wie beispielsweise Deutschland und Frankreich, gegen die zwei Varianten der sogenannten „Entflechtung“ für

Gas und Elektrizität. Sie wollen verhindern, dass integrierte Unternehmen wie Électricité de France (EDF) und E.ON ihre Übertragungsnetze verkaufen müssen. Eine Einigung zwischen der Kommission und dem Rat wurde in Juni 2008 erzielt, als die Kommission den deutschen und französischen Vorschlag eines „dritten Weges“ akzeptierte. Das Europäische Parlament

(http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/051-31782-168-06-25-909-20080616IPR31781-16-06-2008-2008-false/default_de.htm)

lehnte den Kompromiss am 19. Juni 2008 aber ab und setzt sich statt dessen für die vollständige eigentumsrechtliche Entflechtung im Strommarkt ein. Dieser Beschluss bringt Parlament und Rat auf Kollisionskurs. Über die Entflechtung des Gasmarktes wird das EP Ende Juli 2008 abstimmen.

Am 22. November veröffentlichte die EU ihren Strategieplan für Energietechnologie

(<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/1750&format=HTML&aged=1&language=DE&guiLanguage=en>).

Dieser Plan soll für die schnellere Einführung von Energietechnologien mit geringen Kohlenstoffemissionen sorgen. Er legt eine Energieforschungsagenda für Europa fest, auf der Offshore-Windkrafttechnologien, Solartechnologien und Biomassetechnologien der zweiten Generation ganz oben stehen. Anfang 2008 publizierte die EU ein neues Paket zu erneuerbarer Energie, Kohlenstoffabscheidung und -speicherung (CCS) sowie zum EU-Emissionshandelsystem (EU-ETS). Laut dem Richtlinienentwurf zur Modifikation des Emissionshandels wird fortan die zulässige CO₂-Obergrenze durch die EU-Kommission bestimmt. Damit würde es künftig keine nationalen Allokationspläne geben, die in der Vergangenheit zu vielen Ungleichbehandlungen führten. In der Richtlinie für erneuerbare Energie bestimmte die EU die Zielvorgaben für EU-

Mitgliedstaaten, um den EU-Anteil an erneuerbaren Energien von den derzeitigen 8,5 Prozent auf 20 Prozent im Jahr 2020 anzuheben sowie einen Anteil von 10 Prozent Biokraftstoffen zu erreichen. Allerdings streiten sich die Mitgliedstaaten seit Juni über diese Ziele. Italien fordert eine neue Methode zur Berechnung des Potenzials eines jeden Mitgliedstaates und drängt auf eine Senkung des 10 Prozent Biokraftstoffziels, während Deutschland, Polen und das Vereinigte Königreich neue Flexibilitätsmechanismen vorschlagen, mit denen die Mitgliedstaaten diese Ziele erreichen sollen.

Im Bereich der Energieaußenpolitik hat die Europäische Union weiterhin versucht, ihre Beziehungen mit Energieproduzenten zu stärken. So schloss sie mit Turkmenistan ein Abkommen

(<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/1714&format=HTML&aged=1&language=DE&guiLanguage=en>)

für zehn Milliarden Kubikmeter Erdgas ab. Allerdings wirkt das unrealistisch, da es keine direkte Pipeline nach Turkmenistan gibt. Die EU trat in Verhandlungen mit Irak für ein Abkommen zur Lieferung von Erdgas ein und förderte einen Dialog mit Norwegen zu CCS und Offshore-Windkraft. Im November 2008 wird die Europäische Kommission ihre zweite Überprüfung der Europäischen Energiestrategie („Strategic Energy Review“) veröffentlichen.

Der Vertrag von Lissabon enthält einen Verweis darauf, dass er die Energiesolidarität zwischen Mitgliedstaaten stärken soll. Dies könnte eine gemeinsame Europäische Energiepolitik weiter fördern.

6. Klimawandel

Für die Behandlung des Klimawandels waren die 13. Konferenz der Teilnehmerstaaten des Rahmenabkommens der Vereinten Nationen über den Klimawandel sowie das dritte Treffen der Teilnehmerstaaten des Kyoto-Protokolls vom 3. bis 15. Dezember 2007 auf Bali, Indonesien, wichtig. Die EU begrüßte den Beschluss einer „Bali Road Map“ (<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/1941&format=HTML&aged=1&language=DE&guiLanguage=en>) die bis 2009 zu einer Einigung über Maßnahmen gegen den Klimawandel ab 2012 führen soll. Allerdings enthält das Mandat, entgegen dem Wunsch der EU und vieler Entwicklungsländer, keine Zahlenangaben zur Verringerung von CO₂-Emissionen. Es wird lediglich anerkannt, dass „starke Verringerungen der weltweiten Emissionen von Treibhausgasen erforderlich sind“. Somit richtet die Europäische Union ihre Hoffnung auf die Klimakonferenz in Kopenhagen in 2009.

Weiterhin verabschiedete die Europäische Kommission am 22. November 2007 einen Strategieplan für Energietechnologie sowie am 23. Januar 2008 ein neues Paket zum EU-Emissionshandel und erneuerbarer Energie, Kohlenstoffabscheidung und -speicherung (CCS). Die Vorschläge dieser Richtlinien sollen die EU im Kampf gegen den Klimawandel vorwärtsbringen. Außerdem initiierte die EU am 29. Januar 2008 einen Konvent der BürgermeisterInnen, (<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/103&format=HTML&aged=1&language=DE&guiLanguage=en>)

dessen Mitglieder sich verpflichteten, durch Energieeffizienz und die Nutzung erneuerbarer Energien bei der Reduzierung der CO₂-Emissionen in ihren jeweiligen Städten über die Ziele der EU hinauszugehen. Bislang haben 100 Städte in ganz Europa, darunter 15 Hauptstädte, ihre Unterstützung des Konvents bekundet. Der EU-Rat, die EU-

Kommission und das Europäische Parlament haben gemeinsam beschlossen, den Luftverkehr ab 2012 in den Emissionshandel mit einzubeziehen. Zu einer Einigung beim CO₂-Ausstoß bei Autos ist es noch nicht gekommen. Die G8 haben in diesem Zeitraum auch ihren Kampf gegen den Klimawandel verstärkt. So entschieden die acht wichtigsten Industrienationen der Welt am 14. Juni 2008, einen „Clean Technology Fund“ und einen „Strategic Climate Fund“ einzurichten. Der erste soll saubere Energie-technologien in Ländern wie China und Indien fördern, der zweite Maßnahmen in Entwicklungsländern mitfinanzieren. Allerdings nahmen die G8-Energieminister, mit Ausnahme des deutschen, die Atomkraft im Kampf gegen den Klimawandel ins Visier.

7. Beziehungen EU-Russland

Bis Ende 2007 befanden sich die Beziehungen zwischen der EU und Russland in einem Kältezustand. Verhandlungen über ein neues Partnerschafts- und Kooperationsabkommen (PKA) konnten auf dem 20. EU-Russland-Gipfel am 26. Oktober 2007 im portugiesischen Mafra aufgrund des polnischen und litauischen Vetos (wegen des russischen Fleischembargos und der Probleme mit einer Raffinerie in Litauen), nicht stattfinden. Allerdings verständigten sich die EU und Russland dort auf ein Energie- Frühwarnsystem (<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/1603&format=HTML&aged=1&language=DE&guiLanguage=en>), um Versorgungsengpässen vorzubeugen. Zudem vereinbarten beide Seiten, gegen den wachsenden Drogenmissbrauch und –handel vorzugehen. In Mafra legte die Kommission auch ihr Energieliberalisierungspaket vor (siehe Kapitel 5). Um der Befürchtung entgegenzuwirken, dass die eigentumsrechtliche Entflechtung zur Übernahme strategischer Energieanlagen der EU durch ausländische Unternehmen führen könnte, beinhaltet dieses Paket eine „Gegenseitigkeits-

klausel“, oft „Gasprom-Klausel“ genannt. Im Rahmen dieser Klausel müssen ausländische Unternehmen in ihrem Heimatland die gleichen Entflechtungsanforderungen wie in der EU erfüllen, bevor sie ein Unternehmen in der EU übernehmen können. Russland hat dieses Vorgehen als protektionistisch kritisiert.

Im Dezember verbesserten sich die Beziehungen jedoch langsam. Nachdem Russland am 12. Dezember 2007 das Embargo auf polnisches Fleisch aufhob, zog Polen sein Veto gegen Verhandlungen mit Russland über ein neues PKA zurück. Somit entschied Russland und die EU auf dem 21. Gipfel in Chanty-Mansijsk nach einer fast zweijährigen Blockade die Verhandlungen

(<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/1008&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>)

wieder aufzunehmen. Mit dem Inkrafttreten eines neuen Abkommens ist allerdings nicht vor Ende 2010 zu rechnen.

8. Europäische Nachbarschaftspolitik

Die Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP) bleibt eine der wichtigsten Prioritäten der Außenpolitik der EU und eine zwingende geo-politische Herausforderung. Politische Stabilität und Good Governance in den Nachbarstaaten der EU sind eine grundlegende Bedingung für Europas Energiesicherheit, den Schutz der Umwelt und die Kontrolle illegaler Migrantenströme und damit auch für die Sicherheit und den Wohlstand Europas.

Ende 2006 stellte die EU-Kommissarin für Außenbeziehungen, Benita Ferrero-Waldner, ein Strategiepapier zur Umsetzung der ENP (http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/com06_726_de.pdf)

vor. Darin werden Reformanreize und der Gebrauch von Aktionsplänen bekräftigt, welche die wirtschaftliche Modernisierung fördern und Rechtstaatlichkeit, Demokratie und Menschenrechte stärken sowie zu einer engeren Kooperation mit Blick auf außenpolitische Ziele führen sollen. Andere, weitaus präzisere Zielvorgaben, die von den Nachbarländern umgesetzt werden müssen, lauten wie folgt:

- Förderung wirtschaftlicher Integration und ein verbesserter Zugang zu den Märkten;
- Erleichterung kurzfristiger Aufenthalte und eine bessere Handhabung illegaler Migration;
- Bewältigung sogenannter „frozen conflicts“ sowie die Stabilisierung von Konflikt- und Postkonfliktregionen;
- Intensivierung von Reformen in den Bereichen Energie, Klimawandel, Fischerei, Transport, maritime Politik, Forschung, Informationsgesellschaft, Bildung, Beschäftigung und Sozialpolitik.

Im Präsidentschaftsbericht zur Stärkung der ENP aus dem Juni 2007 signalisiert der Rat, dass die zunehmende wirtschaftliche Integration zwischen der EU und ihren Nachbarländern durch die Annahme bilateraler „vertiefter Freihandelsabkommen“ (<http://register.consilium.europa.eu/pdf/en/07/st11/st11016.en07.pdf>) intensiviert werden soll.

Ein Regierungskredit (300 Million Euro für den Zeitraum 2007 bis 2013) soll die Arbeit derjenigen Partner unterstützen, die den größten Fortschritt bei der Umsetzung der beschlossenen Reformen in den Bereichen Rechtstaatlichkeit, Good Governance, der Achtung von Menschenrechten, einschließlich der Minderheitenrechte, die Förderung guter nachbarschaftlicher Beziehungen und den Prinzipien der Marktwirtschaft und nachhaltiger Entwicklung, gemacht haben.

Der Einladung von Kommissarin Benita Ferrero-Waldner zur Konferenz „Strengthening the ENP, Energy and Climate Change issues, a year after the November 2006“ („Die ENP stärken, Energie und Klimawandel Themen, ein Jahr nach dem November 2006“?)

(http://ec.europa.eu/world/enp/conferences_2007_en.htm) im September 2007 folgten rund 700 TeilnehmerInnen, unter ihnen verschiedene EU-Außenminister und Partner der Heinrich-Böll-Stiftung.

Während eines Nachbereitungstreffens verschiedener Nichtregierungsorganisationen (NROs) wurde von diesen ein gemeinsames Positionspapier (http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/conference2007/enp_conference_civil-society_en.pdf)

erarbeitet, das später zusammen mit einem Brief von Kommissionspräsident Barroso und Kommissarin Ferrero-Waldner an die EU-Kommission verschickt wurde. Darin enthalten war eine Einschätzung der ENP aus Sicht der NROs, die in dem Papier bessere Governance-Strukturen im Bereich der Ökologie und eine größere Beteiligung der Öffentlichkeit forderten. Der Brief ist auf der Internetseite der Europäischen Kommission veröffentlicht.

Im Laufe des Nachbereitungstreffens unterstrichen die NROs aus der ENP-Region die Notwendigkeit, über Evaluations- und Monitoringinstrumente zu verfügen, um Aktionspläne auf nationaler Ebene beurteilen zu können. Es hatte sich nämlich herausgestellt, dass die Europäische Kommission weder über eine Methode, noch über Modelle verfügte, die dazu dienen, die Umsetzung der ENP-Aktionspläne zu evaluieren. Dennoch werden die Zuwendungen für die Umsetzung der Aktionspläne von der Kommission auf Grundlage eben dieser unsystematischen Evaluierungsprozesse verteilt.

Da die Evaluierungsverfahren von der Kommission nicht systematisch und einheitlich vorgenommen werden, haben mehrere Umweltorganisationen beschlossen, die Umsetzung der Reformen mit Schattenberichten zu begleiten. Diese sollen auf einer einheitlichen Methode basieren und die von den Regierungen getroffenen Maßnahmen überprüfen.

Nach dem EU-Beitritt Bulgariens und Rumäniens, schlug die Europäische Kommission am 11. April 2008 in einem Kommunikationspapier die „Black Sea Synergy“ vor, eine neue regionale Kooperationsinitiative als Antwort auf die Herausforderungen und Chancen, die eine erweiterte Zusammenarbeit in der Schwarzmeerregion erfordern. Diese Initiative bietet eine neue regionale Kooperationsplattform, die neben der EU die Türkei, Aserbaidschan, Armenien, Georgien, die Ukraine und Moldawien auch die Russische Föderation umfasst.

Im Juni 2007 befürwortete ein Bericht der Ratspräsidentschaft zur Stärkung der Europäischen Nachbarschaftspolitik die Schwarzmeersynergie, weil eine verbesserte regionale Kooperation nicht nur wirtschaftliche Vorteile bringt, sondern auch dazu beiträgt, politisches Vertrauen in der Region aufzubauen. Im Gegenzug könnte dies zu einem schrittweisen Abbau von Spannungen führen.

Die Kommission hat damit begonnen, eine Serie konkreter Maßnahmen umzusetzen, hauptsächlich in den Bereichen Energie, Transport, Umwelt, Fischerei, Migration und Entwicklung der Zivilgesellschaft. Sie hat einen Beobachterstatus in der „Organisation of the Black Sea Economic Cooperation“ (BSEC) erlangt und ein gemeinsames Treffen der Außenminister der EU und der Schwarzmeerregion angeregt, das am 14. Februar 2008 in Kiew stattfand. Das Ministertreffen nahm eine gemeinsame Erklärung an, die die Schwarzmeersynergie als gemeinsame

Langzeitaufgabe lancierte. Im Bereich Infrastruktur begrüßte der Rat am 7. Juni das Vorhaben, die transeuropäischen Transportnetzwerke zu den Nachbarn im Süden und Osten auszubauen.

Diese Maßnahmen haben weitreichende wirtschaftliche, soziale und ökologische Folgen. Die EU sollte sicherstellen, dass die kommenden wirtschaftlichen und industriellen Transformationen mit einer nachhaltigen Entwicklung und dem Schutz der Umwelt vereinbar sind. Dies dürfte für die EU eine echte Herausforderung darstellen.

9. Euro-mediterrane Partnerschaft

Während des Präsidentschaftswahlkampfes 2007 forcierte der heutige französische Staatspräsident Nicolas Sarkozy die Idee einer Mittelmeerunion. Wieder und wieder auf EU-Ebene diskutiert, wurde das Originalkonzept mehrfach verändert und schließlich in „Barcelona Process: Union for the Mediterranean“ (BP:UfM) „Barcelona-Prozess: Mittelmeerunion“ umgetauft. Das Kommunikationspapier der Europäischen Kommission „Barcelona-Prozess: Mittelmeerunion“ (http://ec.europa.eu/external_relations/euromed/docs/com08_319_en.pdf)

wird am 13. Juli 2008 auf dem Eröffnungsgipfel vorgestellt werden. Mittlerweile ist klar, dass es den Forderungen der Partnerländer nach einer größeren gleichberechtigten Teilhabe an den verschiedenen Prozessen entgegenkommt.

Kommissarin Benita Ferrero-Waldner hat einen Entwurf für die künftigen Strukturen der Mittelmeerunion vorgelegt, die unter anderem die Einrichtung eines Sekretariats die Schaffung eines Komitees euro-mediterraner RepräsentantInnen und die Einrichtung einer Ko-Präsidentschaft vorsehen.

Außerdem soll die Organisation alle zwei Jahre tagen, abwechselnd in der EU und in den mediterranen Partnerländern.

Der Anhang des Kommunikationspapiers der EU-Kommission enthält Ideen für zukünftige Projekte, darunter sogenannte Meeresautobahnen, die Entgiftung des Mittelmeers, ökologische Governance, den zivilen Schutz und einen mediterranen Solarplan. Ländern wie Mauretanien, der Türkei, Albanien, Kroatien, Bosnien und Herzegowina, Montenegro und Monaco würde ermöglicht, an den Projekten teilzunehmen.

Die Frau in der euro-mediterranen Partnerschaft

Als Follow Up der Istanbuler Beschlüsse¹ wurde am 12. Juni 2008 ein so genanntes EuroMed-Gender-Programm ins Leben gerufen. Dieses Programm wird in den kommenden drei Jahren über 3,3 Millionen Euro aus dem Haushalt des ENP-Instruments verfügen. Es wird sich auf drei Hauptkomponenten des fünfjährigen Aktionsplans konzentrieren: die Umsetzung des Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau, Gender Violence (geschlechtsbezogene Gewalt) und die Nachbereitung der Konferenz von Istanbul.

Bedauerlicherweise ist der fünfjährige Aktionsplan sehr breit angelegt und verfügt weder über klar definierte Ziele noch über Bench-marks. Der Überprüfungsprozess beinhaltet zwei ad hoc-Treffen pro Jahr und ein Berichtswesen, das dazu dienen soll, die Umsetzung auf nationaler Ebene zu evaluieren. Obwohl im Aktionsplan erwähnt wird, dass die Zivilgesellschaft in den gesamten

Evaluationsprozess einbezogen werden soll, entstanden die nationalen Berichte in keinem der beteiligten Länder in einem partizipativen Prozess.

Das erste thematische ad hoc-Treffen zur Stärkung der Frauen in der Gesellschaft fand am 12. Juni 2008 statt und richtete sein Augenmerk auf Frauenrechte und das politische Leben. Neben dem konkreten Engagement für Frauenrechte organisiert das Netzwerk Treffen auf nationaler Ebene, um das Bewusstsein für die ENP und den fünfjährigen Aktionsplan zu stärken. Gleichzeitig arbeitet es an Schattenberichten, welche die nationalen Berichte ergänzen und zur Überprüfung der Umsetzung des Aktionsplans beitragen sollen.

Das nächste EuroMed-Gipfeltreffen wird im November 2008 unter französischer Ratspräsidentschaft in Marseille stattfinden. Ein EuroMed-Zivilforum ist vom 31. Oktober bis zum 2. November geplant.

Nachhaltigkeitsstudie zu den Auswirkungen der EuroMed Freihandelszone

Eine nach der euro-mediterranen Ministerkonferenz 1999 in Stuttgart von der Europäischen Kommission im Jahr 2003 lancierte Nachhaltigkeitsstudie zu den Auswirkungen der geplanten EuroMed Freihandelszone (Sustainable Impact Assessment, SIA) wurde im August 2007 abgeschlossen. Diese unabhängige Studie begutachtet die wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Auswirkungen vereinbarter Handelsmaßnahmen und erläutert Vor- und Nachteile jeder Option. Die vier Komponenten der SIA umfassen die Aufhebung von tariflichen und nichttariflichen Hürden für industrielle Produkte, Landwirtschaft, Dienstleistungen sowie eine Liberalisierung des Handels zwischen den südlichen Ländern.

¹ Auf dem Ministertreffen in Istanbul wurde im November 2006 ein Fünfjahres-aktionsplan zur „Stärkung der Rolle der Frau in der Gesellschaft“ (http://ec.europa.eu/external_relations/euromed/women/docs/conclusions_1106.pdf) verabschiedet.

Die bisherigen Ergebnisse deuten darauf hin, dass im Süden die Arbeitslosigkeit steigen wird, wenn die Binnenmärkte für die Produkte europäischer Firmen geöffnet werden, die konkurrenzfähiger sind als heimische Unternehmen. Zudem wird erwartet, dass sich die euro-mediterrane Freihandelszone negativ auf die Zolleinkünfte der Regierungen auswirken wird. Das dürfte Nachteile für den Gesundheits- und Bildungssektor vor Ort bringen. Der Freihandel wird keinem der Mittelmeeranrainerstaaten einen wirtschaftlichen Nutzen bringen. Statt dessen wird er ökologische Probleme dort verschärfen, wo die Umweltbelastung bereits hoch ist. Und der Freihandel wird die Armen noch ärmer machen. Eine beschleunigte Anpassung von der traditionellen zur kommerziellen Landwirtschaft wird negative Auswirkungen auf den Lebensstandard und die Gesundheit der Frauen im ländlichen Raum haben.

Fest steht: Die Generaldirektion Handel der Europäischen Kommission, die für die Gestaltung der euro-mediterranen Freihandelszone zuständig ist, wird die Ergebnisse der Studie nicht voranbringen. Sie ist lediglich dazu verpflichtet, SIA-Studien für alle Freihandelszonen auszuarbeiten, nicht aber, Folgeprogramme dieser Studien zu organisieren. Nicht-regierungsorganisationen und AkademikerInnen sind sich darin einig, dass die VerhandlungsführerInnen der EuroMed-Partnerländer sich der Ergebnisse der SIA bewusst sein sollten, um richtige Entscheidungen zu treffen und/oder Pläne zur Schadensminderung zu erarbeiten.

10. Weltweite Ernährungskrise

Die weltweite Nahrungskrise macht nicht nur den unterentwickelten Ländern zu schaffen. Auch in den Industrienationen schossen die Preise für Lebensmittel in die Höhe. Insbesondere in Afrika wird die

Nahrungsmittelkrise zur existenziellen Bedrohung. Die Gründe für die Krise sind vielfältig: der wachsende Wohlstand Indiens und Chinas und die damit verbundenen veränderten Ernährungsgewohnheiten ebenso wie Klimawandel, die Vernichtung von Ernten durch Naturkatastrophen, politische Instabilität, demographische Faktoren, HIV und Aids sowie die wachsende Produktion von Biokraftstoffen.

Viele Länder Afrikas sind in besonderer Weise betroffen. Als Nettoimporteure landwirtschaftliche Erzeugnisse sind sie abhängig davon, was andere für sie produzieren. Die Europäische Union ist an dieser Entwicklung nicht unschuldig. Kritiker werfen ihr „Agrar-Dumping“ vor. Über Jahre hinweg überschwemmten subventionierte Lebensmittel die afrikanischen Märkte, während sich die afrikanischen Staaten Investitionen in die Landwirtschaft nicht leisten konnten. Die Folge: Europäische Lebensmittel sind billiger als die Produkte einheimischer Bauern. Dies zerstörte die einheimische Produktion und machte die afrikanischen Länder von Lebensmittelimporten aus dem Norden anhängig.

Zwar hat sich mittlerweile in weiten Teilen der EU die Ansicht durchgesetzt, dass eine Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) und insbesondere der Agrarsubventionen notwendig ist, doch fallen diese Schritte vielen Mitgliedstaaten angesichts einer starken Agrarlobby schwer. Seit dem Jahr 2003 arbeitet die Kommission intensiv an einer Reform, bis 2009 soll ein „Gesundheitscheck“ der Agrarpolitik abgeschlossen sein. Der sieht eine Neuordnung der Subventionen vor. Tatsächlich sind die Exportsubventionen der EU für landwirtschaftliche Produkte auf zwei Milliarden Euro gekürzt worden und sollen frühestens 2013 vollständig wegfallen. Angesichts der derzeit hohen Weltmarktpreise wäre wünschenswert, diese Entwicklung zu beschleunigen.

Vom 3. bis zum 5. Juni 2008 fand in Rom eine Konferenz der Welternährungsorganisation (FAO) mit Teilnahme hochrangiger internationaler Regierungsvertreter statt, die nach einem gemeinsamen Weg zur Bewältigung der derzeitigen Lebensmittelkrise suchten. Darunter waren auch der für Entwicklungshilfe zuständige EU-Kommissar Louis Michel und die Agrarkommissarin Mariann Fischer Boel.

Fischer Boel rühmte die Reformfortschritte, die die GAP in den vergangenen 20 Jahren gemacht hätte, und stellte klar, dass es dank einer größeren Marktorientierung zu Entkopplung von Subventionen und landwirtschaftlicher Produktion gekommen sei. Die GAP sei weniger Ursache für die derzeitige Krise als ein Teil ihrer Lösung. Sie betonte auch die Chancen, welche die hohen Preise für Lebensmittel den Produzenten insbesondere in Afrika böten.

Ihr Kollege Michel warnte davor, angesichts der Krise in Panik zu verfallen und sich allein auf kurzfristige Lösung zu verlassen. Vielmehr seien mittel- und langfristige Ansätze gefragt. Er plädierte für eine nachfrageorientierte Landwirtschaft, betonte aber gleichzeitig, dass eine Reform der landwirtschaftlichen Produktion nicht von heute auf morgen geschehen könnte. Außerdem sprach sich der Kommissar dafür aus, den Einsatz von gentechnisch verändertem Saatgut nicht länger zu ideologisieren.

Erstmals in seiner 33-jährigen Geschichte verabschiedete der Ministerrat der Asien-Karibik-Pazifik (AKP)-Staaten und der EU am 13. Juni 2008 in Addis Abeba eine gemeinsame Resolution. Darin enthalten ist unter anderem die Zusage der EU, kurzfristige Nahrungsmittelhilfen aufzustocken, um den gestiegenen Preisen entgegen zu wirken. Der Ministerrat sprach sich ebenso für eine nachhaltige Entwicklung der Landwirtschaft aus.

Bleibt zu hoffen, dass sich die EU an ihre Versprechungen hält, mittel- und langfristige Programme zur Überwindung der Lebensmittelkrise zu unterstützen und gleichzeitig ihre eigene Agrarpolitik neu zu organisieren. Dabei muss im Interesse der Menschen und der Umwelt darauf geachtet werden, dass bäuerliche Existenzen (wieder-) aufgebaut und gesichert werden.

11. Die EU, Lateinamerika und die Karibik

Die Beziehungen zwischen der EU und Lateinamerika und der Karibik (LAC) umfassen einen politischen Dialog, einen sozialen Zusammenhalt, Kooperation und die wirtschaftlichen Beziehungen.

Der letzte EU-LAC-Gipfel fand am 16. und 17. Mai 2008 in Lima statt. Dort einigten sich die Staats- und Regierungschefs auf die gemeinsame Abschlusserklärung „Addressing our Peoples’ Priorities Together“.

(http://ec.europa.eu/external_relations/lac/docs/declaration_en.pdf).

Der Gipfel von Lima konzentrierte sich auf Themen wie Armut, Ungleichheit und die Notwendigkeit, partizipative Gesellschaftsformen zu entwickeln sowie auf Fragen der nachhaltigen Entwicklung, der Umwelt, des Klimawandels und der Energie. Der Gipfel bekräftigte, dass der soziale Zusammenhalt eine grundlegende Notwendigkeit sei, um Armut zu bekämpfen. Der Gipfel unterstrich, dass soziale Sicherung in der Verantwortung jeder Regierung liege. Gleichzeitig anerkannte der Gipfel zivile, kulturell-wirtschaftliche, politische und soziale Rechte sowie grundlegende Freiheiten im Rahmen der universalen Menschenrechte.

Der Einfluss der EU auf das Treffen wird besonders im Kapitel zur nachhaltigen Entwicklung deutlich. Zur Umsetzung dieses Kapitels ist geplant, ein Umweltprogramm mit dem Namen „EUroCLima“ ins Leben zu rufen, das die ökologische Kooperation fördern soll und dabei einen speziellen Fokus auf die Themen Klimawandel und Energie legt. Die vorrangigen Ziele des Programms sind Wissens- teilung, die Förderung eines strukturierten und regelmäßigen Dialoges, die Gewährleistung von Synergien und die Koordinierung laufender und zukünftiger Aktionen. Darüber hinaus hat die EU eine neue Klimawandel-Allianz zugesichert (<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/1352&format=HTML&aged=1&language=EN&guiLanguage=en>)

Die Abschlusserklärung von Lima ermöglicht Maßnahmen wie Schuldenumwandlung für soziale Investitionen, nimmt aber kaum Bezug auf die Themen Gender, Menschenrechte und indigene Völker.

Die zweite Plenarsitzung der Parlamentarischen Versammlung Europa-Lateinamerika (Eurolat) fand vom 29. April bis zum 1. Mai 2008 ebenfalls in Lima statt. Die Versammlung nahm drei Resolutionen und eine Botschaft an.

(http://www.europarl.europa.eu/intcoop/eurolat/assembly/plenary_sessions/lima_2008_htm/adopted_docs/message_en.pdf).

In dieser Botschaft empfohlen die ParlamentarierInnen, die Verhandlungen über die Partnerschaftsabkommen zwischen der EU und Zentralamerika und der Gemeinschaft der Anden bis spätestens Mitte 2009 abzuschließen. Diese müssten auf den drei Pfeilern ruhen: politischer Dialog, Zusammenarbeit und Handel. Der letztgenannte Pfeiler soll progressive und reziproke

Liberalisierungs-programme umfassen, die auf den Prinzipien der Solidarität und Komplementarität aufbauen und Rücksicht auf Asymmetrien und den unterschiedlichen Entwicklungsstand der Regionen nehmen.

Darüber hinaus nahmen die Abgeordneten Resolutionen zur Energiepolitik

(http://www.europarl.europa.eu/intcoop/eurolat/assembly/plenary_sessions/lima_2008_htm/adopted_docs/resolution_political_committee_en.pdf),

zu den Herausforderungen und Möglichkeiten der Doha-Runde und zu Armut und sozialer Ausgrenzung (http://www.europarl.europa.eu/intcoop/eurolat/assembly/plenary_sessions/lima_2008_htm/adopted_docs/resolution_social_committee_en.pdf) an. Letztere ist weitreichend in Bezug auf das Thema Frauenrechte und umfasst einen Paragraphen über Feminizide, die massenhafte und gezielte Tötung von Frauen, und wie man dieses Phänomen bekämpfen kann.

Die Andengemeinschaft (CAN) bestehend aus Peru, Kolumbien, Ecuador und Bolivien und die zentral-amerikanischen Staaten (CA), also Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Honduras, Nicaragua und Panama, haben 2007 Verhandlungen mit der EU aufgenommen. Im vergangenen Jahr haben mehrere Treffen zwischen der EU und den CAN-Staaten stattgefunden.

Ein interessanter Prozess schien 2007 in Gang gesetzt worden zu sein, als die EU und die Andengemeinschaft übereinkamen, unterschiedliche Entwicklungen der beteiligten Länder im Verhandlungsprozess zu berücksichtigen. Damit wäre es möglich, unterschiedliche wirtschaftliche Interessen der Andenstaaten zu akzeptieren und ihnen einen gemeinsamen Platz am Verhandlungstisch zu sichern.

Trotzdem setzte die Europäische Kommission während des Treffens Bolivien und Ecuador unter

Druck: Entweder beide Länder akzeptieren ein Freihandelsabkommen oder steigen aus den Gesprächen aus. Ein paar Wochen nach dem Gipfel erklärte EU-Handelskommissar Peter Mandelson vor dem Europäischen Parlament, dass die EU und die CAN über Freihandelsabkommen verhandeln, dass sich Bolivien und Ecuador notfalls vom Verhandlungstisch zurückziehen, aber trotzdem im Dialog mit der EU bleiben könnten.

Daraufhin wurde Kritik aus der Zivilgesellschaft und dem Europäischen Parlament laut, da das Ratsmandat für die Europäische Kommission ihr ein solches Verhalten nicht gestattet. Unterdessen hat sich die Hoffnung auf ein differenziertes Abkommen mit Bolivien und Ecuador verloren. Peru und Kolumbien, die bereits ein Freihandelsabkommen mit den USA geschlossen haben, drängen darauf, sobald wie möglich ein Assoziierungsabkommen mit der EU zu schließen. Egal, ob Bolivien und Ecuador dabei sein. Die Konsequenz wäre die Schwächung oder der Zusammenbruch der Andengemeinschaft und ihrer bisherigen Integrationserfolge.

12. Die EU und Afrika

Am 8. und 9. Dezember 2007 trafen sich die Staats- und Regierungschefs Afrikas und der Europäischen Union zum gemeinsamen Gipfel in Lissabon. Während die Medien sich auf die Frage konzentrierten, ob der Präsident Simbabwes, Robert Mugabe, an dem Treffen teilnehmen würde, ging es in den Verhandlungen um die Verabschiedung einer gemeinsamen Strategie

(http://www.eu2007.pt/NR/rdonlyres/D449546C-BF42-4CB3-B566-407591845C43/0/071206_jsapenlogos_formatado.pdf),

die die künftigen Beziehungen zwischen der EU und den afrikanischen Staaten grundsätzlich in neue Bahnen lenken sollte. Vorrangiges Ziel war nach

Angaben der EU die Entwicklung einer Partnerschaft zwischen beiden Kontinenten, die bestehende politische und ökonomische Asymmetrien hinter sich lassen sollte. Tatsächlich enthält die am Ende des Gipfels verabschiedete Strategie ein Bekenntnis zur Kooperation, nicht nur auf der Ebene der klassischen Entwicklungshilfe, sondern auch in den Bereichen Frieden und Sicherheit, Demokratie und Menschenrechte, Handel und regionale Integration, Energie, Klimawandel, Migration und Mobilität sowie Wissenschaft und Informationsgesellschaft. Diese Entwicklung scheint nicht zuletzt dem Umstand Rechnung zu tragen, dass mit China, Indien und Brasilien neue Akteure auf die entwicklungspolitische Bühne getreten sind, die ihre Unterstützung weit weniger an Bedingungen knüpfen, als das für die EU und ihre Mitgliedstaaten der Fall ist. Die Strategie ist ein ehrgeiziges Papier, das sich über viele Politikfelder erstreckt und Aktionspläne festlegt. Inwieweit sich diese Ambitionen in die Tat umsetzen lassen, ist allerdings fraglich. KritikerInnen monieren, dass die Last der Umsetzung zu einem großen Teil auf den Schultern der Afrikanischen Union (AU) liegen soll, die jedoch kaum über die personellen Ressourcen dazu verfügen würde. Gleichzeitig scheinen auch immer wieder Zielkonflikte zwischen den europäischen und afrikanischen Staaten aufzutauchen. Während die EU Wert auf die Stärkung von Good-Governance-Strukturen und den Schutz von Menschenrechten legt, halten viele afrikanische Regierungen die ökonomische Entwicklung ihrer Länder und die Bekämpfung der Armut für wichtiger.

In den ökonomischen Beziehungen findet sich reichlich Konfliktpotenzial, das das Verhältnis zwischen beiden Kontinenten im Jahr 2007 und während des Gipfels von Lissabon prägte. Ursache hierfür waren die Economic Partnership Agreements (EPA), die auf Drängen der Welthandelsorganisation bis Ende 2007 verabschiedet werden sollten. Im

Rahmen des Abkommens von Cotonou im Jahr 2000 hatten die EU-Staaten mit den AKP-Staaten² gesonderte Zoll- und Handelsbedingungen festgelegt. Diese gerieten von Seiten der WTO unter Beschuss, da sie nicht den Bestimmungen des GATT (General Agreement on Tariffs and Trade) entsprachen, wonach jedem Handelspartner derselbe Zugang zum Binnenmarkt gewährt werden müssen. Viele afrikanische Regierungen und zahlreiche Nichtregierungsorganisationen befürchteten, dass diese Abkommen dazu führen, die afrikanischen Binnenmärkte mit subventionierten Waren aus Europa zu überschwemmen, während der privilegierte Zugang zu den europäischen Märkten aufgegeben werden muss. Die Folgen für die instabilen afrikanischen Ökonomien sind katastrophal. Statt eine wirkliche Partnerschaft zu fördern, die auf die entwicklungspolitischen Interessen der AKP-Staaten Rücksicht nimmt stehen für die Akteure der EU eigene Handelsinteressen im Vordergrund. Aufgrund dieser Differenzen konnten am Ende des Jahres nur Partnerschaftsabkommen mit den karibischen Staaten geschlossen werden. Für einige Regionen in Afrika wurden Interimsabkommen geschlossen. Zehn afrikanische Staaten blieben vorerst ohne Abkommen und müssen seit dem 1. Januar 2008 deutlich erhöhte Einfuhrzölle bezahlen.

13. Die EU und Asien

Asien ist zu Europas wichtigstem Handelspartner geworden. Der Handel mit Asien macht ein Drittel der gesamten Handelsströme Europas aus und übertrifft damit den Handel mit NAFTA (Nordamerikanisches Freihandelsabkommen). Gleichzeitig machen die europäischen Direktinvestitionen ein Drittel aller Investitionen im Ausland aus und sie wachsen stetig.

Beim letzten Asien-Europa-Treffen (ASEM) der Außenminister (<http://www.mofa.go.jp/policy/economy/asem/asem8/state0705.pdf>) in Hamburg vom 28. bis zum 29. Mai 2007 einigten sich die Mitglieder darauf, die regionale Kooperation in Bezug auf globale Themen zu verstärken und den Klimawandel gemeinsam zu bekämpfen. Die Teilnehmer unterstützen ein umfassendes Nachfolgeregime des Kyoto-Protokolls, das die gemeinsame, aber unterschiedlich gewichtete Verantwortung für die Erderwärmung berücksichtigt.

Obwohl Asien auf dem Weg ist, die Millenniumsziele (Millennium Development Goals; MDG) zu erreichen, bleibt Armut eine bedeutende Herausforderung. Der Kontinent beheimatet immer noch zwei Drittel aller Armen weltweit und zwei Drittel der Weltbevölkerung.

Um diesen Entwicklungs Herausforderungen zu begegnen und um die Beziehungen zwischen der EU und Asien zu stärken, hat die Europäische Kommission 18 individuelle Länderstrategien und eine regionale Strategie angenommen, die die Kooperation mit Asien für den Zeitraum von 2007 bis 2013 abdecken und für die ein Betrag von 5,2 Milliarden Euro bereitgestellt worden ist.

Derzeit handelt die EU-Kommission Freihandelsabkommen mit Südkorea, Indien und ASEAN (Verband Südostasiatischer Nationen) aus und berät über Partnerschafts- und Kooperationsabkommen mit den zentralasiatischen (und osteuropäischen) Partnern Kasachstan, Kirgisische Republik, Republik Moldau und Usbekistan.

Während des EU-China-Gipfels in Beijing am 28. November 2007 kamen die Staats- und Regierungschefs überein, die gemeinsamen Konsultationen und die Absprache bezüglich internationaler und regionaler Angelegenheiten als einen wichtigen Teil

² afrikanische, karibische und pazifische Staaten
Politischer Jahresbericht 2007/2008, Europäische Union

der allgemeinen und umfassenden strategischen Partnerschaft zwischen China und der EU beizubehalten. Die EU hat China eingeladen, dem EU-Afrika-Gipfel als Beobachter beizuwohnen.

Die Union begrüßte Chinas Zusage, dem Internationalen Pakt für bürgerliche und politische Rechte

(<http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Aussenpolitik/Themen/Menschenrechte/Download/IntZivilpakt.pdf>)

beizutreten. Die Staats- und Regierungschefs besprachen die bilaterale Kooperation im Rahmen der China-EU-Partnerschaft zum Klimawandel und beabsichtigen, Forschungsvorhaben für eine emissionsfreie Kohlekrafttechnologie sowie die Entwicklung konkreter Kooperationsprojekte zu fördern. Damit soll Chinas Beteiligung am Post-Kyoto-Protokoll-Prozess gesichert werden.

Während des China-EU-Gipfels im November 2007 wurde von Kommissionspräsident Barroso und dem chinesischen Premier Wan Jiabao ein 500 Millionen Euro Rahmenkredit der Europäischen Investitionsbank unterzeichnet. Der Kredit soll Projekte zur Bekämpfung des Klimawandels unterstützen. Die Staatschefs begrüßten die Wahl eines Konsortiums, das eine EU-China-Rechtsfakultät und ein Business-Management-Projekt leiten soll.

14. Die neue EU-Haushalts- und Förderperiode

2007 war für die Europäische Union das erste Jahr in der neuen Finanzperiode, die sich bis 2013 erstreckt. Ihre politischen Prioritäten sind Wettbewerbsfähigkeit, nachhaltiges Wachstum, Solidarität und innerer Zusammenhalt sowie die Positionierung der EU als globaler Partner.

Um ihre Ziele zu verwirklichen, hat die Gemeinschaft Finanzinstrumente und Förderprogramme mit einem Gesamtvolumen von rund 975 Milliarden Euro eingeführt. Dabei sind für die neue Haushaltsperiode Programme zusammengelegt, neu entwickelt oder definiert, aber auch ersatzlos gestrichen worden.

Bei der Außenwirtschaft und Entwicklungshilfe wurden zahlreiche thematische und geographische Programme sowie Heranführungshilfen in nur sechs Instrumenten gebündelt. Diese sollen die Beitrittskandidaten bei ihrem Annäherungsprozess an EU-Standards („acquis communautaire“) helfen sowie die politischen und ökonomischen Reformen in den Ländern des westlichen Balkans und den Neuen Unabhängigen Staaten (NUS) unterstützen. Zudem wird die Zusammenarbeit der EU mit anderen Drittstaaten (wie z.B. Asien und Lateinamerika) gefördert.

15. Die portugiesische Ratspräsidentschaft

Verglichen mit dem dynamischen deutschen EU-Vorsitz, fällt die Bilanz des portugiesischen Vorsitzes in der zweiten Hälfte des Jahres 2007 gemischt aus. Ihr einziger Höhepunkt war die Unterzeichnung des „Vertrages von Lissabon“ am 13. Dezember 2007. Das Verdienst der Portugiesen ist es geschafft zu haben, keinen neuen Streit entfachen zu lassen und die Zugeständnisse an Mitgliedstaaten zu minimalisieren. Der Weg für den neuen Vertrag wurde nicht zuletzt freigemacht durch Neuwahlen in Polen im September 2007, die im November zu einer neuen Regierung unter Leitung Donald Tusks (Bürgerforum) führten.

Auch kam es unter dem portugiesischen Vorsitz zum Ende der Grenzkontrollen mit den neuen Mitglieds-

ländern. Keine Lösung gab es in der Kosovo-Krise. Die Verhandlungen mit Serbien scheiterten, und die Kosovaren beschlossen, nach den serbischen Präsidentschaftswahlen die Unabhängigkeit auszurufen. Die Mitgliedstaaten der EU konnten in der Frage der Unabhängigkeit Kosovos keine gemeinsame Position finden. Allerdings einigte sich der Europäische Rat am 14. Dezember 2007 darauf, eine ESVP-Mission zu schicken und sich an einer internationalen Zivilmission zu beteiligen. Diese EU-Mission wurde von Belgrad abgelehnt. In der Außenpolitik lag der portugiesische Fokus auf den Beziehungen zu Brasilien und Afrika sowie den euro-mediterranen Beziehungen.

16. Die slowenische Ratspräsidentschaft

Slowenien übernahm als erstes der neuen Mitgliedsländer die EU-Ratspräsidentschaft. Erwartungsgemäß standen dabei die Beziehungen zu den westlichen Balkanländern im Mittelpunkt. Ebenso Energie, Klimawandel und die Umsetzung der erneuerten Lissabon-Strategie für Wachstum und Beschäftigung. Und vor allem musste die Ratifizierung des Vertrags von Lissabon, den die Slowenen symbolkräftig am Anfang ihrer Präsidentschaft unterzeichneten, abgerundet werden. Unter der slowenischen Ratspräsidentschaft wurden Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens mit Serbien und Bosnien-Herzegowina abgeschlossen. Die Slowenen sorgten mit stiller Diplomatie mit dafür, dass die Unabhängigkeit Kosovos ohne größeres Blutvergießen zustande kam. Dass sie es nicht schaffte, alle 27 Mitgliedstaaten auf einen gemeinsamen Standpunkt in Sachen Kosovo zu vereinen, kann ihnen nicht angelastet werden. Dies gilt auch für die Verzögerung der EU-Mission Am Ende zerstörte das irische Nein zum Vertrag von Lissabon die Hoffnung der Slowenen, den „Lissabon-

Stab“ unbeschädigt ihren Nachfolgern zu übergeben. Tragisch für die hart arbeitenden Slowenen war auch, dass ihre Präsidentschaft im Schatten des „großen Bruders“ Frankreich operierte.

17. Ausblick

Schon lange vor ihrem Amtsantritt warf die kommende französische EU- Ratspräsidentschaft ihren Schatten voraus. Die fieberhaften Aktivitäten des Präsidenten Nicolas Sarkozy erregten dabei oft Irritationen. Insbesondere die deutsch-französischen Beziehungen wurden zunächst durch unbesonnenes Taktieren Sarkozys auf eine harte Probe gestellt.

Mit nationalen Initiativen wie der Mittelmeerunion hat Sarkozy der EU keinen großen Dienst erwiesen. Er hat damit die Tür für weitere „lokale Initiativen“ wie die polnisch-schwedische „Initiative für den Osten“ (http://www.tepsa.eu/docs/draft_proposal_eastern_partnership.pdf) geöffnet. Auch wenn beide Initiativen inzwischen Bestandteil der EU-Außenpolitik geworden sind, besteht das Risiko, dass sie die gemeinsame Außenpolitik sowie die Europäische Nachbarschaftspolitik aushöhlen oder zu komplizierenden Doppelungen führen.

Wie man den Anlauf der französischen Ratspräsidentschaft im Vorfeld auch beurteilen mag, sie zeichnete sich durch große Ambitionen aus, denen das irische Nein zum Lissabon-Vertrag einen bösen Strich durch die Rechnung gemacht zu haben scheint. Man muss wohl davon ausgehen, dass Sarkozy einen gut Teil seiner Energie auf eine Lösung der erneuten Vertragsprobleme anwenden muss, wobei zu hoffen ist, dass die tschechische Regierung die Ratifizierung nicht verweigert. Dies würde nicht nur die französische Ratspräsidentschaft vor ein unlösbares Problem stellen, sondern die EU

insgesamt mit einer schwierigen Situation konfrontieren, da die nächste Ratspräsidentin an die tschechische Republik geht.

Die französische Regierung hat einen Haushalt von 190 Millionen Euro für ihre Ratspräsidentschaft festgesetzt (die britische Regierung investierte vor drei Jahren ganze 13 Millionen), der größtenteils für Veranstaltungen ausgegeben werden soll. Trotzdem ist fraglich, inwieweit sie ihre ehrgeizigen Ziele erreichen kann (die Stärkung der gemeinsamen Verteidigungspolitik, eine Vereinheitlichung der Immigrations- und Asylpolitik, neue Initiativen zu Energie und Klimawandel und die Umsetzung der im Lissabon-Vertrag vorgesehenen neuen Institutionen). Einer der ersten Punkte auf der Tagesordnung des anstehenden EU-Ratspräsidenten ist ein Besuch Sarkozys an Dublin am 11. Juli, bei dem er die Bedenken der irischen Bevölkerung gegenüber dem Lissabon-Vertrag erfahren möchte. Der Europäische Rat am 15. und 16. Oktober 2008 soll sich dann mit dem gescheiterten Referendum in Irland befassen. Momentan ist schwer vorauszusehen, wie die EU sich in den nächsten Monaten entwickeln wird. Eines scheint jedoch sicher: Es müssen Entscheidungen getroffen werden, die die Wahlen zum Europaparlament im Juni 2009 und eine darauf folgende Neuzusammenstellung der Kommission ermöglichen. Dies wird die Priorität der französischen Ratspräsidentschaft sein. Zudem muss er sich um die Ratifizierung des Lissabon-Vertrages kümmern oder zumindest dafür sorgen, dass ein pragmatischer Kompromiss zustande kommt.

Da das Jahr 2009 das 20. Jubiläum des Falls des Eisernen Vorhangs markiert, werden die Scheinwerfer hell auf die tschechische Präsidentschaft gerichtet sein. Es ist zu hoffen, dass sich die Tschechen ihrer "historischen Aufgabe" bewusst sind. Ihr Motto "Europa ohne Grenzen" scheint das auf

jeden Fall zu bestätigen. Tschechien hat für seinen Vorsitz fünf Prioritäten festgelegt: die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der EU (Lissabon-Programm), Energiesicherheit und -nachhaltigkeit, den EU-Haushalt (mit der Gemeinsamen Agrarpolitik als leidigem Mittelpunkt), die EU als globalen Partner und ein "sicheres und freies Europa".

Es ist nicht überraschend, dass die transatlantischen Beziehungen hoch auf der tschechischen Agenda stehen, zumal es zum Zeitpunkt der tschechischen Präsidentschaft einen neuen US-Präsidenten und eine neue US-Regierung geben wird. Daneben möchten die Tschechen die EU-NATO-Beziehungen entwickeln und den Prozess fortsetzen, der auch bei Frankreich weit oben auf der Agenda steht.

Das Image der Europäischen Union ist durch die Schwierigkeiten um den Vertrag von Lissabon schwer beschädigt worden. Es ist bedauerlich, dass dieser Imageschaden vor allem auf das Versagen der nationalen politischen Eliten zurückzuführen ist, die jahrelang kein Interesse an Europa gezeigt haben und die EU als Sündenbock gegenüber der Bevölkerung missbraucht haben. Es wäre wünschenswert, wenn die nächsten Ratspräsidentschaften es schafften, sich selbst und ihren KollegInnen in dieser Hinsicht einen Spiegel vorzuhalten.

Für die Grünen im Europäischen Parlament wird sich nach den Wahlen voraussichtlich nichts Wesentliches ändern. Während die grünen Parteien in den alten Mitgliedsländern ihre Position halten konnten, hat sich ihre Wählerbasis in den neuen Mitgliedsländern kaum entwickelt, mit Ausnahme in Tschechien und Estland. Dort könnte es den Grünen gelingen, ins Europäische Parlament zu kommen. Das bedeutet, dass die Grünen auch in den nächsten fünf Jahren auf EU-Niveau nur einen bescheidenen Machtfaktor darstellen werden. Das heißt allerdings nicht, dass sie

nichts in Bewegung bringen können. Nicht nur bei grünen Themen wie Energie sowie Klima- und Umweltschutz können sie weiterhin eine entscheidende Rolle spielen, auch die Verteidigung von Bürger- und Menschenrechten sollte auf der grünen Agenda ganz oben stehen. Wichtig wird dabei sein, dass diese Debatten auch in den Mitgliedsstaaten ankommen. Da die grünen Parteien in der Regel ihre Wurzeln in Basisbewegungen haben, sind sie in dieser Hinsicht die europäischen Hoffnungsträger par excellence: Sie könnten dazu beitragen, Europa den BürgerInnen nahezubringen. Dies setzt ein klares Bekenntnis zur EU und ihren Möglichkeiten voraus.

18. Politische Ereignisse im Überblick

2007 Europäisches Jahr der Chancengleichheit

- 1. Juli** Portugal übernimmt die EU-Ratspräsidentschaft
- 1. Juli** Miroslav Lajcak wird zum hohen Repräsentanten der EU in Bosnien und Herzegowina ernannt, Seine Amtszeit dauert bis zum 29. Februar 2009
- 4. Juli** EU-Brasilien-Gipfel in Lissabon
- 23./24. Juli** Regierungskonferenz mit der Aufgabe den EU-Reformvertrag zu entwerfen
- 19. September** Das dritte Paket zur Energie-liberalisierung wird veröffentlicht
- 15. Oktober** EU unterzeichnet Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen mit Montenegro
- 18. - 19. Oktober** Informelles Treffen der Staats- und Regierungschefs, das die Gespräche der Regierungskonferenz zu einem Abschluss führen soll, in Lissabon
- 19. Oktober** Das montenegrinische Parlament nimmt eine Verfassung an, die sich größtenteils im Einklang mit europäischen Standards befindet
- 20. Oktober** EU-Russland-Gipfel in Mafra
- 18.-19. November** EuroMed-Ministertreffen zum Thema Migration in Algarve
- 22. November** Europäischer Strategieplan für Energietechnologie
- 28. November** EU-China-Gipfel in China
- 29. November** EU-Indien-Gipfel in Indien
- 8./9. Dezember** EU-Afrika-Gipfel in Lissabon
- 3.-14. Dezember** Klimakonferenz der Vereinten Nationen auf Bali, Indonesien

13.-14. Dezember Europäischer Rat in Brüssel (Unterzeichnung des Vertrages von Lissabon am 13. Dezember)

17. Dezember Ungarn ratifiziert den Lissabon-Vertrag

2008 Europäisches Jahr des interkulturellen Dialogs

- 1. Januar** Slowenien übernimmt die EU-Ratspräsidentschaft.
- 23. Januar** Neues Paket der Kommission zu erneuerbarer Energie, Kohlenstoffabscheidung und -speicherung (CCS) sowie zum EU-Emissionshandels-system (EU-ETS)
- 29. Januar** Europäische Kommission initiiert den Konvent der BürgermeisterInnen.
- 29. Januar** Slowenien und Malta ratifizieren den Lissabon-Vertrag
- 4. Februar** Rumänien ratifiziert den Lissabon-Vertrag
- 13. Februar** EU-Troika Russland in Wien
- 14. Februar** Außenministertreffen zur Förderung der Kooperation in der Schwarzmeerregion.
- 14. Februar** Frankreich ratifiziert den Lissabon-Vertrag
- 17. Februar** Das Kosovo erklärt seine Unabhängigkeit von Serbien
- 26. Februar** EuroMed-Konferenz
- 6. März** EU-Troika USA
- 13.-14. März** Der EU-Gipfel in Brüssel einigt sich auf die Annahme eines Energie- und Klimapakets
- 21. März** Bulgarien ratifiziert den Lissabon-Vertrag
- 2. April** Während des NATO-Gipfels in Bukarest erleiden die Hoffnungen Mazedoniens auf einen baldigen

	EU-Beitritt einen Rückschlag, da das Land die Opposition Griechenlands nicht überwinden kann	16. Juni	EU schließt Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen mit Bosnien- Herzegowina ab
10. April	Polen und Slowakei ratifizieren den Lissabon-Vertrag	17. Juni	EU-Beitrittskonferenz mit Kroatien
11. April	EU-Turkmenistan Abkommen über 10 Milliarden Kubikmeter Erdgas	17. Juni	EU-Beitrittskonferenz mit der Türkei
17. April	EU-Irak-Vereinbarung über ein Erdgas- Abkommen	18. Juni	Das Parlament des Vereinigten Königreiches ratifiziert den Vertrag von Lissabon
23. April	Portugal ratifiziert den Lissabon-Vertrag	18. Juni	Das EP lehnt den Kompromiss der Kommission und des Rates zur Liberalisierung des Strommarktes ab
24. April	Dänemark ratifiziert den Lissabon-Vertrag	19. Juni	Das Europäische Parlament fordert die EU auf, eine zugängliche und benutzerfreundliche Europäische Charta der Energieverbraucherrechte vorzulegen
28. April	EU-Troika OSZE	19.-20. Juni	„Krisengipfel“ der EU in Brüssel
29. April	EU-Troika Russland	23.-24. Juni	Forum über den Klimawandel und die internationale Sicherheit
29. April	Die EU unterzeichnet ein Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen mit Serbien	25. Juni	Britisches Gericht gibt Lissabon-Vertrag in VK grünes Licht
11. Mai	Bei den Parlamentswahlen in Serbien setzen sich die Pro-EU-Kräfte durch	26. Juni	EU-Staaten, Kommission und EP einigen sich auf einen Kompromiss zur Einbeziehung des Luftverkehrs in den EU-Emissionshandel
14. Mai	EU–China Menschenrechtsdialog	27. Juni	EU-Russland-Gipfel in Chanty-Mansijsk
16.-17. Mai	EU-LAC-Gipfel in Lima, Peru	1. Juli	Frankreich übernimmt die EU-Ratspräsidentschaft
26. Mai	Treffen des Rats Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen		
29. Mai	Energiedialog EU-Norwegen zu Carbon Capture and Storage (CCS), Offshore- Windenergieprojekten und dem Energiebinnenmarkt		
10. Juni	EU–US-Gipfel		
12. Juni	Das Referendum über den Vertrag von Lissabon in Irland fällt negativ aus		
16. Juni	Die EU-Außenminister diskutieren die Situation in den Westbalkanstaaten Sarkozy unterstützt die griechische Argumentation in Sachen Mazedonien		